

Sitzungsvorlage
Antrag

Nr.: 2012/193

Antrag der SOLI-Kreistagsfraktion "Keine Anwendung der CCS-Technik in Lüchow-Dannenberg"

Kreisausschuss	14.09.2012	TOP 19
Kreistag	17.09.2012	TOP 14
Ausschuss Brandschutz, Bau, Abfall und Energie	31.10.2012	TOP 3
Kreisausschuss	12.11.2012	TOP
Kreistag	17.12.2012	TOP

Eingang per Mail am 15.07.2012 um 21.12 Uhr:

Sehr geehrter Herr Landrat,

hiermit beantrage ich für die SOLI-Kreistagsfraktion folgenden TOP für die nächsten Sitzungen KA und Kreistag sowie dem zuständigen Fachausschuss:

Keine Anwendung der CCS-Technik in Lüchow-Dannenberg

Kurt Herzog, SOLI-Fraktionsvors.

Eingang per Mail am 26.08.2012 um 14:58 Uhr:

SOLI-Kreistagsfraktion

Kreistagssitzung 17.9.12 und KA 10.9.

Antragstext zum TOP **Keine Anwendung der CCS-Technik in Lüchow-Dannenberg**

2011 wurde ein Katalog der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) öffentlich bekannt, in dem 408 potenzielle Standorte aufgeführt waren für die Verpressung von CO₂ in den Untergrund. Dieses CO₂ soll mittels der CCS-Technik (carbon capture and storage) an Kohlekraftwerken während des Energieerzeugungsprozesses abgeschieden und anschließend verpresst werden. Geplant ist weiterhin ein europaweites Pipelinennetz, durch das das CO₂ von den Erzeugungsstandorten zu den Lagerungsstandorten geleitet werden soll.

Die Nutzung der Energieerzeugung mittels Kohlekraftwerken findet trotz Energiewende nach wie vor statt. Der Neubau von weiteren Kohlekraftwerken wird auch von der Niedersächsischen Landesregierung nach den Worten von Umweltminister Stefan Birkner für die Zukunft nicht ausgeschlossen. Durch die sukzessive Verteuerung von Zertifikaten im Emissionshandel in den kommenden Jahren wird Kohlekraft über kurz oder lang nicht mehr ohne CO₂-Abscheidung praktikabel sein.

Der Bundestag hat nun ein CCS-Gesetz beschlossen, das den Ländern zwar Spielräume gibt, diese Technik zu beschränken, aber keine grundsätzliche Ausschlussmöglichkeit vorsieht. Weiterhin ist im Gesetzeszweck der Klimaschutz nicht mehr erwähnt und die Haftung geht letztlich auch auf den Staat über.

Das von der Niedersächsischen Landesregierung in Aussicht gestellte Landesgesetz soll laut Ankündigung der Landesregierung lediglich die CCS-Nutzung für 3 Jahre mit besonderen Hürden versehen. Sie will zunächst einmal grundsätzlich nutzbare Areale von nicht nutzbaren trennen. Danach sollen bestimmte andere Nutzungen Vorrang bekommen, z.B. touristische. Sowohl die Bundes- als auch die vorgesehene Landesgesetzgebung erlauben letztlich doch die Nutzung der CO₂-Verpressung. Weiterhin wird dieses Verfahren durchaus auch angewendet, um

Erdgaslagerstätten stärker als bisher auszubeuten.

Im Bereich des Orteils Krummasel der Gemeinde Küsten liegt ein von der BGR bezeichneter potenzieller Standort für die CO₂-Verpressung.

Nach Ansicht des Kreistags Lüchow-Dannenberg sind die Gesetzesbestimmungen nicht ausreichend und nicht Ziel führend.

Der Kreistag lehnt jegliche CO₂-Verpressung auf seinem Gebiet ab.

Der Kreistag hält die CCS-Technik für zu gefährlich und technisch unausgereift, weil nicht gewährleistet ist, dass das CO₂ langfristig im Untergrund verbleibt und zudem die Haftung für Schäden letztlich bei der öffentlichen Hand verbleibt.

Der Kreistag hält sie zudem für unwirtschaftlich bzw. zu teuer, da mit dem Verfahren ein erheblicher zusätzlicher energetischer Aufwand verbunden ist.

Der Kreistag sieht in der CCS-Technik ein rückwärts gewandtes Verfahren, das dem notwendigen zügigen Vorgehen bei der Energiewende hin zur vollständigen Versorgung mit Erneuerbaren Energien entgegen steht und die Nutzung der Umwelt belastenden Kohlekraft auf unbestimmte Zeit fortsetzt.

Der Kreistag spricht sich vehement gegen die Nutzung des Untergrundes in Krummasel aus und wird alles Erdenkliche unternehmen, um einer eventuellen Nutzung entgegen zu wirken.

Der Kreistag fordert Bundes- und Landesgesetzgeber auf, auf die CCS-Technik zu verzichten. Den Ländern muss die Möglichkeit gegeben werden, dauerhaft kein CCS zuzulassen. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Votum des Kreistags Rechnung zu tragen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Anlagen:

Finanzielle Auswirkungen:

Ergebnisse aus Vorberatungen:

Kreisausschuss am 14.09.2012 : verwiesen in den zuständigen Fachausschuss

Kreistag am 17.09.2012: verwiesen in den zuständigen Fachausschuss